

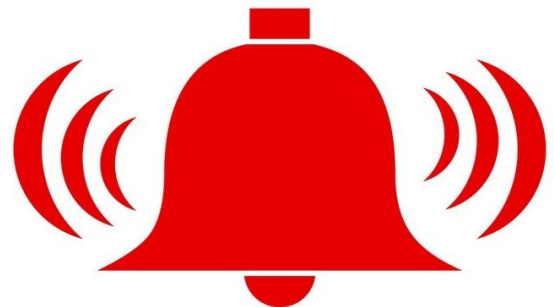
Quelle:

www.lazarus.at/2020/02/20/deutschlands-krankenhaeuser-schlagen-alarm-dramatische-situation-politik-untaetig

Deutschlands Krankenhäuser schlagen Alarm: Dramatische Situation - Politik untätig



„Die Politik macht es den Krankenhäusern derzeit immer schwerer - zum Teil sogar unmöglich - ihre Aufgaben zu erfüllen“: In der ´Düsseldorfer Erklärung´ kritisieren Branchenvertreter jahrelange Versäumnisse und fordern angesichts der dramatischen Lage an Kliniken Sofortmassnahmen.



Die [Entscheiderfabrik](#), Zusammenschluss aus Kliniken und Industrieunternehmen, und der Verband der KrankenhausdirektorInnen (VKD) wollen Politiker aufrütteln. In der Düsseldorfer Erklärung richteten sie jetzt einen eindringlichen Appell an die politischen Entscheidungsträger *innen auf Landes- und Bundesebene.

Kliniken im Schraubstock der Politik

In der Erklärung heißt es: „Wir befinden uns im Schraubstock. Zu Recht erwarten

die Menschen von uns, dass wir ihnen in jeder medizinischen Notlage bestmöglich helfen. Diesen Auftrag nehmen wir auch unter schwierigen Rahmenbedingungen an. Aber, die Politik macht es den Krankenhäusern derzeit immer schwerer - zum Teil sogar unmöglich - ihre Aufgaben zu erfüllen. Immer neue Lasten werden uns aufgebürdet, völlig unnötige Bürokratie halten Ärzte und Pflegende von ihrer eigentlichen Arbeit ab. Der Staat erfüllt seit Jahren seine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht dagegen nicht.“

Düsseldorfer Erklärung: Drei konkrete Forderungen

Daher fordern die 'Entscheiderfabrik' und der VKD erste Schritte in drei wesentlichen Bereichen:

1. Wir wollen weiterhin eine flächendeckende Notfallversorgung

Krankenhäuser leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Notfallversorgung in Deutschland. Wenn künftig jede zweite Ambulanz wegfällt, bricht das System der wohnortnahen und raschen Versorgung zusammen. Die geplante Reform der Notfallversorgung geht zu Lasten der künftigen Patienten.

2. Wir treten für transparente und faire Bezahlung ein

Das neue MDK-Reformgesetz leistet das nicht. Es macht Fehlersuche zu einem Geschäftsmodell zu Lasten der Krankenhäuser. Wenn wir mit rund 400 Mio. Euro für angebliche Fehler zusätzlich belastet werden, fehlt dieses Geld für die Versorgung der Menschen. Wir werden zum Beispiel bestraft, wenn wir uns um pflegebedürftige Kranke so lange kümmern, bis sie einen Platz im Heim gefunden haben - dass wir dafür bestraft werden ist ein Schlag ins Gesicht der Helferinnen und Helfer, die dann einspringen, wenn die Versorgung an andere Stelle nicht geleistet wird.

3. Wir fordern einen Digitalfonds

Wir wollen die Digitalisierung vorantreiben. Wir wollen die Vorreiter bei der Telemedizin sein. Wir wollen die Bürokratisierung bekämpfen und technische Lösungen ans Bett bringen, um zu jedem Zeitpunkt alle nötigen Informationen zum Gesundheitszustand der Menschen da zu haben, wo wir ihn brauchen - am Patienten. Wir leisten unseren Beitrag, doch seit Jahrzehnten werden uns die gesetzlich verankerten Investitionsmittel für unsere Häuser vorenthalten. Das ist Rechtsbruch! Damit die Lücke nicht immer größer wird, muss der Staat endlich seine gesetzliche Verpflichtung erfüllen. Wir fordern einen Digitalfonds, der

fünf Jahre lang mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für die notwendigen Investitionen bereitstellt - damit wir unserer Verantwortung für die Menschen gerecht werden können.